



Anfrage

Vorlage-Nr.:	AF/0036/2013		Datum:	28.02.2013	
Verfasser:	04-BIZ-Ratsfraktion	Az:			
Gremienweg:					
14.03.2013	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE	
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt	
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert	
TOP öffentlich		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen		
Betreff:	Anfrage der BIZ-Fraktion bezüglich EU-Abmahnung wegen zu hoher Schadstoffbelastungen				

Unter www.bild.de war am 28.02.2012 folgende Meldung zu lesen, wonach in zahlreichen Großstädten und Ballungsgebieten Deutschlands drastische Einschränkungen des Autoverkehrs oder sogar Fahrverbote drohen.

Als Grund wurden zu hohe Schadstoffbelastungen der Luft angegeben. Vor allem der Stickoxid-Ausstoß von Dieselfahrzeugen sei gestiegen, statt wie erwartet zu sinken. Die EU-Kommission habe die Bundesregierung am 20.02.2013 aufgefordert, in 33 von 57 betroffenen Regionen sofort Maßnahmen gegen die anhaltend hohen Stickoxid-Werte zu ergreifen.

Eine der 33 Regionen sei der Raum Koblenz/Neuwied.

Die Bundesregierung habe Brüssel gebeten, den betroffenen Regionen bis 2015 Zeit zu lassen, um die Luftbelastungen zu verringern. Das habe die EU-Kommission abgelehnt.

„Die betroffenen Regionen müssen so schnell wie möglich handeln“, habe ein Sprecher von EU-Umweltkommissar Janez Potocnik gesagt.

Laut www.bild.de müssen betroffenen Regionen Brüssel nun neue Luftqualitätspläne mit konkreten Maßnahmen zur Eindämmung der Schadstoffwerte vorlegen. Falls sie die Grenzwerte nicht einhalten, würden Verfahren vor dem EU-Gerichtshof und hohe Strafgerichte drohen.

Jens Hilgenberg, BUND-Verkehrsexperte habe dazu gesagt: „Wir fordern die Kommunen auf, sofort zu handeln und den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Nur das kann zu einer Entlastung der Luft führen.“

Der vollständige Artikel ist zu finden unter:

<http://www.bild.de/politik/inland/schadstoffe/in-33-staedten-drohen-fahrverbote-29306674.bild.html>

Die BIZ Fraktion fragt daher an:

1. Kann die Verwaltung die o. a. Tatsachen bestätigen?
2. Liegt der Verwaltung schon die Aufforderung der EU-Kommission vom 20. Februar 2013 vor?

3. Welche Maßnahmen gegen die anhaltend hohen Stickoxid-Werte plant die Verwaltung kurzfristig zu treffen?
4. In welcher Frist müssen die neuen Luftqualitätspläne mit konkreten Maßnahmen vorgelegt werden und in welcher Höhe drohen Strafgebühren seitens der EU für den Fall, dass die Grenzwerte nicht eingehalten werden?
5. Plant die Verwaltung für Koblenz einen neuen Luftqualitätsplan mit konkreten Maßnahmen zur Eindämmung der Schadstoffwerte aufzustellen? Wenn ja, wann wird damit begonnen?
6. Wäre die Einrichtung einer Umweltzone für Koblenz ein möglicher Ausweg?